



ASIEN/SRI LANKA - Nichtregierungsorganisationen appellieren an die Vereinten Nationen: Staatspräsident Rajapaks muss für Menschenrechtsverletzungen Verantwortung gezogen werden

Colombo (Fidesdienst) – In einem offenen Brief an den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen fordern zahlreiche Menschenrechtsorganisationen, am Vorabend des Weltfriedenstag, den die Vereinten Nationen am 21. September begehen, Untersuchungen zur Verantwortlichkeit im Zusammenhang mit den Kriegsverbrechen während der Endphase des Bürgerkriegs in Sri Lanka, in deren Rahmen auch der Staatspräsident des Landes, Mahinda Rajapaks, Rechenschaft ablegen soll.

Von den über 60 Nichtregierungsorganisationen, die den Brief unterzeichnen, der dem Fidesdienst vorliegt, sind viele insbesondere in Asien tätig, darunter das „Asian Forum for Human Rights and Development (FORUM-ASIA)“, in dem sich 46 Organisationen des Kontinents zusammenschließen; zu den Unterzeichnern gehören aber auch internationale Organisationen wie Amnesty International, Human Rights Watch oder die International Federation for Human Rights (FIHD) oder christlich inspirierte Nichtregierungsorganisationen wie „Pax Romana“.

Die Nichtregierungsorganisationen erinnern daran, dass die Regierung in Colombo und die Vereinten Nationen während der vergangenen zwei Jahre Absprachen im Hinblick auf die Notwendigkeit von Untersuchungen im Hinblick auf die Verantwortlichkeit für die Kriegsverbrechen getroffen hatten. Im April 2011 hatte eine von den Vereinten Nationen ernannte Expertengruppe, unabhängige und sorgfältige Ermittlungen empfohlen. Die srilankische Regierung richtete mit dem Ziel der gerechten Bewältigung der Ereignisse die so genannte „Lessons Learnt ans Reconciliation Commission“ (LLRC) ein. Die Nichtregierungsorganisationen fordern in diesem Zusammenhang nun die Regierung zur Teilnahme an der Sitzung des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen im März 2012 ein, bei der die Arbeit der Kommission erläutert werden soll.

P. Rohan Silva von den Oblaten von der Makellosen Jungfrau Maria (OMI), der das „Centre for Society and Religion“ in Colombo leitet, erklärt im Gespräch mit dem Fidesdienst: „Die Frage der Untersuchungen im Zusammenhang mit der Verantwortlichkeit für die während des Bürgerkriegs begangenen Verbrechen ist in Sri Lanka eine offene Frage, ein blanker Nerv in der Gesellschaft und in der Politik. Es gibt viel internationalen Druck auch seitens der Menschenrechtsbewegungen. Dringend notwendig ist dabei vor allem Klarheit: es muss ein unparteiischer Organismus beauftragt werden, der unabhängige Untersuchungen anstellt. Die Regierung sollte diese Möglichkeit schaffen: dadurch könnten man die Verantwortlichkeiten im Einzelnen klarstellen.“ „Es wäre ein wichtiger und notwendiger Schritt für die Aussöhnung im Land“, so der Missionar weiter, „Denn es gibt viele offene Wunden: es ist für die Menschen heute wichtig, dass sie ihre eigenen Gefühle zum Ausdruck bringen, die eigenen Herzen öffnen und einander begegnen können, damit eine dauerhafte Aussöhnung stattfinden kann. Wir arbeiten in dieser Richtung“. Die Oblaten von der Makellosen Jungfrau werden am morgigen 21. September an friedlichen Kundgebungen in Jaffna und Vavuniya teilnehmen, die dort anlässlich des Weltfriedenstag stattfinden, wo sie den Wunsch der Menschen nach Engagement für Frieden und Aussöhnung in Sri Lanka zum Ausdruck bringen. (PA) (Fidesdienst, 20/09/2011)